

Konstanten und
Neuerungen im
amerikanischen Konzept

Dimensionen nationaler Sicherheit in den USA

Ursula Lehmkuhl

„Bound to lead“ – so betitelte Joseph Nye 1990 eine Studie zur weltpolitischen Rolle der USA in der Zeit nach dem Ende des Kalten Krieges. Die von Nye beschriebene sicherheitspolitische *leadership role* der USA in der Nach-Kalten-Kriegs-Zeit wird von großen Teilen der politischen Elite und der Öffentlichkeit in Deutschland seit den Debatten um die Notwendigkeit und Legitimität eines Präventivkrieges im Irak als imperiale Attitüde der Bush-Administration kritisiert. Die USA hätten endgültig Abschied genommen von multilateralen Konzepten und Strukturen und würden als *hyper power* im Alleingang den Weltpolizisten spielen. Die Argumente sind bekannt.

Angesichts der problematischen Entwicklungen in den transatlantischen und insbesondere in den deutsch-amerikanischen Beziehungen erscheint es geboten, über mögliche Missverständnisse und Fehlperzeptionen im Bereich „Sicherheit“ und „Sicherheitspolitik“ nachzudenken. Wo werden Entwicklungen in den USA missverstanden? Welche Aspekte der inneramerikanischen Diskussion werden in Europa und insbesondere in Deutschland falsch beziehungsweise verzerrt oder gar nicht erst wahrgenommen?

Insbesondere zwei Punkte sind bemerkenswert: zum einen die Verkürzung der Debatte um Sicherheit und Sicherheitspolitik auf den Bereich militärischer Sicherheit, zum anderen die Vernachlässigung der Tatsache, dass die amerikanische Bevölkerung sich akut bedroht fühlt. Die politische Bedeutung von Gefahrenperzep-

tion und das die Stimmung in der amerikanischen Öffentlichkeit charakterisierende akute Bedrohungsgefühl werden hier zu Lande deutlich unterschätzt. Das Bedrohungsgefühl ist jedoch eine Ursache für die gesellschaftliche Unterstützung von Gesetzgebungsmaßnahmen wie das PATRIOT-Gesetz und auch für die Unterstützung der *preemptive strike*-Strategie.

Der Sicherheitsbegriff

„Sicherheit“ und „Gefahrenperzeption“ beziehungsweise „Bedrohungsgefühl“ sind zwei Seiten einer Medaille. In der Öffentlichkeit wird über „Sicherheit“ in der Regel dann gesprochen, wenn eine tatsächliche Bedrohung oder eine akute Gefahr besteht. Demgegenüber findet strategische Planung auch dann statt, wenn es keine akute Bedrohung gibt. Strategische Planung basiert damit zu einem großen Teil auf Annahmen über mögliche Bedrohungen. Damit kommt bereits das *erste* zentrale Charakteristikum des Konzeptes „nationale Sicherheit“ in den Blick: „Nationale Sicherheit“ ist ein in hohem Maße konstruiertes Konzept, es ist volatil und ambivalent.

Ein *zweites* wichtiges Merkmal ist die Multidimensionalität des Konzeptes. „Nationale Sicherheit“ beinhaltet im Grunde seit 1947 stets auch eine nicht-militärische Komponente. Bereits die wichtigste nationale Sicherheitsmission während des Kalten Krieges – die Eindämmung der Sowjetunion – basierte vornehmlich auf nicht-militärischen Mitteln.

Inhaltlich bezieht sich das Konzept „Sicherheit“ auch auf wirtschaftliche, energiepolitische, umweltpolitische und drogenbezogene Bedrohungsszenarien – und seit dem 11. September eben auch auf die Gefahren, die durch die Nutzung neuer Technologien durch den internationalen Terrorismus entstehen.

Ein *drittes* Merkmal ist die globale Reichweite des amerikanischen Konzeptes von „nationaler Sicherheit“. Nationale Sicherheit wird mit „globaler“ Sicherheit gleichgesetzt. Auch die globale Komponente ist seit den Ereignissen des 11. September sehr viel stärker in das Zentrum strategischer Planung gerückt, als dies in den 1990er Jahren der Fall war.

Ein *viertes* Merkmal der amerikanischen Sicherheitskonzeption und Sicherheitsstrategie ist ihr Wertebezug. Ein Ziel amerikanischer Außen- und Sicherheitspolitik ist die Sicherung und globale Verbreitung von Freiheit, Demokratie und liberalem Kapitalismus – Werte, die stets auch als universale Werte verstanden wurden.

Die angenommene Universalität der Werte begründet den amerikanischen Anspruch, diese auch jenseits der Grenzen des Territoriums der USA zu verteidigen, und dient der Legitimation militärischer Gewaltanwendung etwa im Rahmen von *peacekeeping*- und *peace-enforcing*-Maßnahmen der Vereinten Nationen und seit dem September 2002 auch im Rahmen eines Präventivschlages. Sie verleiht der amerikanischen Interventionspolitik eine moralische Basis.

Das dritte und vierte Merkmal der amerikanischen Sicherheitskonzeption schlägt sich zum Teil in der vom Weißen Haus im September 2002 veröffentlichten Nationalen Sicherheitsstrategie nieder. Dieses Strategiepapier ist für das Verständnis der gegenwärtigen amerikanischen Perzeptionen nationaler Sicherheit zentral. Hier werden in der Tat neue Handlungsoptionen aufgezeigt. Das Stra-

tegiepapier wurde intensiv im In- und Ausland rezipiert. Die Lagebeurteilungen, die offizielle Gefahrenperzeption und die daraus resultierenden Handlungsoptionen sind Gegenstand einer breiten öffentlichen Debatte. Dies ist neu und muss vor allem auf zwei Gründe zurückgeführt werden: *Erstens* erklärt es explizit, dass ein Präventivkrieg zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus und zur Vernichtung von Massenvernichtungswaffen als Voraussetzung für die Demokratisierung und politische Stabilisierung von Krisenregionen nötig und legitim sei. *Zweitens* beinhaltet es eine dezidierte Absage an das Konzept der kollektiven Sicherheit zu Gunsten eines normativ (das heißt mit der Notwendigkeit des Exportes amerikanischer Werte) begründeten Bekenntnisses zur Bereitschaft, unilateral für globale Sicherheit zu sorgen.

Das Sicherheitspapier ist von linksliberalen Kritikern der amerikanischen Regierung im In- und Ausland scharf angegriffen worden und hat eine parteiübergreifende Debatte über die Grundlagen amerikanischer Außenpolitik ausgelöst. In dieser Debatte wird ein ideologischer Grundkonflikt in der amerikanischen Außenpolitik deutlich, nämlich das ideologische Dilemma zwischen dem Wunsch nach „Sicherheit“ und dem politisch-kulturell tief verwurzelten amerikanischen Freiheitsideal. Dieser Grundkonflikt charakterisiert in unterschiedlicher Intensität die amerikanische Außen- und Sicherheitspolitik des 20. Jahrhunderts – des *American Century*.

Das Dilemma besteht in dem inhärenten Widerspruch zwischen der normativen Stoßrichtung und Zielsetzung amerikanischer Interventionspolitik und dem gleichzeitig in Anspruch genommenen rechtlich normativen Sonderstatus für das eigene Land (*American Exceptionalism*). Dieses schlägt sich innenpolitisch zum Beispiel in der Verabschiedung des

Powell spricht mit Annan über den Irak. US-Außenminister Colin Powell (r.) begrüßt UN-Generalsekretär Kofi Annan (l.) am 7. Mai 2003 vor dem Büro Annans im UN-Hauptquartier in New York.

© dpa-Fotoreport Fotograf: Celestin



PATRIOT-Gesetzes nieder, das massiv in die bürgerlichen Freiheitsrechte der Amerikaner eingreift; außenpolitisch kommt es in der amerikanischen Absage an den internationalen Strafgerichtshof oder sogar an die Genfer Konventionen zum Ausdruck. Damit setzen sich die USA innen- und außenpolitisch außerhalb des Normen- und Rechtssystems, dessen Einhaltung sie von jenen Staaten fordern, denen sie zur Etablierung dieses Normen- und Rechtssystems unter anderem mit militärischer Intervention drohen. Dieser Widerspruch erzeugt kognitive Dissonanzen, die sowohl im Innern der USA als auch innerhalb der internationalen Staatengemeinschaft zu den bekannten polarisierenden Reaktionen geführt haben.

„Security governance“ und Sicherheitsgesetzgebung

Multidimensionalität und Globalität des Sicherheitskonzeptes wirken sich unmittelbar auf den Bereich von *security governance* aus. Das Spektrum sicherheitsrelevanter Fragen erhöht die Anzahl der Akteure und Institutionen, die sich mit Si-

cherheitsfragen beschäftigen beziehungsweise die qualifiziert sind (oder sich qualifiziert fühlen), zu Sicherheitsfragen Stellung zu nehmen. Nicht nur Militär- und Strategieexperten, sondern auch Wirtschaftswissenschaftler, führende Unternehmen, Umweltexperten und Gesundheitsexperten äußern sich zu Fragen nationaler Sicherheit beziehungsweise sind eingebunden in die Erarbeitung von Sicherheitsstrategien. Schließlich ist die öffentliche Meinung als zentraler Faktor am Präferenzbildungsprozess beteiligt.

Im deutlichen Kontrast zur Ambiguität und Multidimensionalität des Sicherheitsbegriffes steht die Kontinuität der Sicherheitsgesetzgebung. Diese basierte im Grunde bis zu den Revisionen nach dem 11. September – PATRIOT I und II (letzteres allerdings nicht umgesetzt) sowie die Errichtung eines eigenen Ministeriums für *homeland security* – auf den Grundlagen, die mit dem *National Security Act* von 1947 gelegt worden waren. Erst 1997 forderten amerikanische Gesetzgeber eine grundlegende Revision der Prozesse und Strukturen nationaler Sicherheitspolitik. Dazu wurde Mitte des

Jahres 1998 die „National Security Commission 21st Century“ (USCNS/21), die unter dem Namen ihrer beiden Vorsitzenden – der Senatoren Gary Hart und Warren Rudman – als Hart-Rudman-Kommission bekannt geworden ist, eingerichtet. Sie sollte eine nationale Sicherheitskonzeption für das 21. Jahrhundert entwickeln. Nicht das Ende des Kalten Krieges, sondern das anbrechende neue Jahrtausend veranlasste amerikanische Politiker zu einem intensiveren Nachdenken über die zukünftige Rolle der USA im internationalen Staatensystem.

Die Hart-Rudman-Kommission legte insgesamt drei Berichte vor, den letzten im Februar 2001 mit Vorschlägen für eine neue Sicherheitsstrategie und Maßnahmen für deren Implementation. Der erste Bericht von 1999 geht von der Annahme aus, dass die sicherheitspolitischen Diskussionen im 21. Jahrhundert maßgeblich von zwei gegenläufigen weltgesellschaftlichen Trends bestimmt sein werden: Auf der einen Seite werde sich der Integrationsgrad der internationalen Gemeinschaft erhöhen und damit die Welt insgesamt „sicherer“ werden. Diesen integrativen Tendenzen stünden jedoch gegenläufige, desintegrative Entwicklungen innerhalb der internationalen Gesellschaftswelt entgegen, die sich in der Zunahme politischer, sozialer und kultureller Konflikte ausdrückten. Angesichts dieser gegenläufigen Trends sei es in zunehmendem Maße für die Sicherung amerikanischer Sicherheitsinteressen wichtig, amerikanische Werte zu exportieren und über den Ausgleich bestehender Disparitäten für internationale Stabilität zu sorgen.

So betont auch die Hart-Rudman-Kommission – wie schon der National Security Council in den 1950er Jahren und Präsident Bush in seinem oben zitierten Sicherheitspapier – die Notwendigkeit des Exportes amerikanischer Werte. „Spreading the American Dream“ und „Making the World Safe for Demo-

cracy“ seien der Garant internationaler Stabilität. Übersetzt in ein eher theoretisches politikwissenschaftliches Vokabular, könnte man sagen, dass die Überlegungen der Hart-Rudman-Kommission auf den Prämissen des *Democratic Peace-Ansatzes* basieren und sich damit konzeptionell im ideologischen Spektrum des „Wilsonianism“ bewegen. In konzeptionell-ideeller Hinsicht kann man insofern nicht von einer fundamentalen Wende in der amerikanischen Außenpolitik sprechen.

Neu und bemerkenswert sind die im Abschlussbericht vom Februar 2001 enthaltenen Empfehlungen hinsichtlich des Bereiches von *security governance*. Die Hart-Rudman-Kommission fordert Umstrukturierungen insbesondere in drei Schlüsselbereichen:

1. Die Sicherstellung von „security of the American homeland“; dazu sollte ein eigenes Ministerium eingerichtet werden, was mittlerweile auch geschehen ist.
2. Die Stärkung der amerikanischen Exekutive in Sicherheitsfragen und damit zusammenhängend
3. die Reorganisation der Rolle des Kongresses in sicherheitspolitischen Entscheidungsprozessen.

Punkt zwei und drei sind zu verstehen als Kritik an der Entwicklung sicherheitspolitischer Entscheidungsprozesse während der beiden Clinton-Administrationen. Zur Erinnerung: In den *Midterm*-Wahlen von 1994 verloren 36 Mandatsinhaber der demokratischen Partei, 34 im Repräsentantenhaus und zwei im Senat, ihr Mandat an die Republikaner. Insgesamt gewann die republikanische Partei im Senat acht und im Haus sogar 52 Mandate hinzu, sodass Clinton in seinem dritten Amtsjahr statt eines demokratisch kontrollierten Kongresses einer republikanischen Mehrheit in beiden Kammern gegenüberstand. In das Repräsentantenhaus, in dem die Republikaner erstmals seit vierzig Jahren wieder die

Mehrheit stellten, zogen insgesamt 73 neu gewählte Republikaner ein. Durch die damit einhergehende Verlagerung des außenpolitischen Entscheidungszentrums von der Exekutive zur Legislative war bereits vor dem Amtsantritt von Bush eine deutliche konservative Trendwende vollzogen worden. Außenpolitik wurde nach 1994 vornehmlich im Kongress und dort unter der Federführung des ultrakonservativen Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses, Jesse Helms, gemacht.

Die Republikaner im Repräsentantenhaus ließen nach ihrem Sieg 1994 keinen Zweifel daran, dass sie die außenpolitischen Prioritäten Präsident Clintons redefinieren wollten. Clinton hatte versucht, die amerikanische Außenpolitik weniger global und hegemonial und mehr selektiv regional und multilateral auszurichten. Für den republikanischen Kongress ging diese Strategie in die falsche Richtung. Im Kapitol drängte man auf ein größtmögliches Maß an Handlungsfreiheit und strategischer Unabhängigkeit in der Außenpolitik. Die Vereinigten Staaten sollten führen – allerdings nicht im Konzert, sondern im Alleingang. Die Anlehnung an die Programmatik Ronald Reagans war offensichtlich. Entsprechend wurden verstärkte Rüstungsanstrengungen und ein verringertes Engagement in multilateralen Kontexten gefordert.

Die im Sinne des Prinzips der *checks and balances* sicherlich sinnvolle Stärkung der außenpolitischen Kontrollfunktion der Legislative durch die War Powers Resolution aus dem Jahr 1973 hat während der Clinton-Präsidentschaft dazu geführt, eine zumindest im Ansatz liberal-internationalistisch geprägte präsidentiale Außenpolitik zu konterkarieren und den darauf ausgerichteten außenpolitischen Entscheidungsprozess zu blockieren. Parteipolitische Richtungskämpfe verhinderten eine echte Neudefinition der außenpolitischen Rolle der USA nach

dem Ende der bipolaren Weltordnung und führten letztendlich geradewegs in die Richtung, die wir gegenwärtig unter der Bush-Administration erleben.

Mit der Empfehlung, die amerikanische Exekutive zu stärken und die Rolle des Kongresses neu zu definieren, griff die Hart-Rudman-Kommission das skizzierte strukturelle Problem auf und forderte ein neues Nachdenken über das Zusammenwirken der den außenpolitischen Entscheidungsprozess traditionell beeinflussenden Akteure: Präsident, Kongress und Öffentlichkeit.

Während bis zum Vietnam-Krieg, auch auf Grund der fundamentalen Krisen, die der Ost-West-Konflikt verursachte, die Exekutive eine Art sicherheitspolitische Prärogative besaß, verschob sich das außenpolitische Entscheidungszentrum nach den innenpolitischen Kontroversen um die *imperial presidency* während der Nixon-Präsidentschaft wieder stärker in Richtung Legislative. Mit der republikanischen Mehrheit in beiden Häusern des Kongresses zeichnete sich ab Mitte der 1990er Jahre dann so etwas wie ein „Imperial Congress“ ab, dessen Interventionen in die Außenpolitik nicht zuletzt durch die bereits genannte War Powers Resolution von 1973 legitimiert waren.

Die Gewichte verlagerten sich schließlich mit der Präsidentschaft von George W. Bush und der öffentlichen Stimmung nach dem 11. September wieder in Richtung Exekutive, und dies zusammen mit einer zum Teil erschreckend deutlichen Unterstützung von Seiten der Öffentlichkeit und der Legislative. Diese Wiederkehr der präsidentialen Vorherrschaft in der amerikanischen Außenpolitik ist sicherlich ein Resultat der Terroranschläge auf das World Trade Center und konnte in dieser Form von Bush in den ersten Monaten seiner Amtszeit nicht erwartet werden.

Durch den politischen Schulterchluss zwischen Präsident, Kongress und Öff-

fentlichkeit wird das Prinzip der *checks and balances* in gewisser Weise ausgehebelt, und dies ist ein Punkt, den wir gerade auch aus europäischer oder deutscher Perspektive kritisch im Auge behalten sollten. Ebenfalls im Auge behalten sollten wir das Problem, dass unterhalb der Ebene des plakativen Konsenses die Haltung der Bush-Administration und auch der amerikanischen Öffentlichkeit im Hinblick auf die Frage: „Präventivkrieg – ja oder nein?“ und die Frage: „*Nation building* mit oder ohne UNO?“ ambivalent ist und sich die Meinungen zusehends polarisieren. Bush hat mit seiner Politik nicht nur das Lager der alten Verbündeten im Rahmen der atlantischen Allianz gespalten und damit Europa und vor allem auch Deutschland vor eine neue Herausforderung gestellt. Bush hat mit seiner *preemptive strike*-Strategie auch sein eigenes Land, und zwar über die Parteigrenzen hinweg, politisch polarisiert. Diese Polarisierung auf unterschiedlichen Ebenen wird ein Aufeinanderzugehen im Rahmen eines notwendigen neuen strategischen Dialoges erschweren.

Neue Friedensbewegung?

Amerikanische Politik und Öffentlichkeit werden allerdings nicht ausschließlich von den so genannten „Neo Cons“ dominiert. Hier ist an jenen Teil der amerikanischen und internationalen Öffentlichkeit zu erinnern, der die neue Außen- und Sicherheitspolitik und die damit verbundenen innenpolitischen Maßnahmen vehement kritisiert. Dazu gehören nicht nur bekannte Linksintellektuelle, die sich in einschlägigen Zeitschriften und vor allem im Internet zu Wort gemeldet haben. Dazu gehört auch die Friedensbewegung, die, so schien es zu Beginn dieses Jahres, auf einmal wieder da ist.

Sicherheitspolitische Maßnahmen – wie etwa die nukleare Aufrüstung der USA während des Kalten Krieges – haben

in der amerikanischen Bevölkerung nicht immer zu einer Erhöhung des Sicherheitsgefühles beigetragen, sondern häufig genau das Gegenteil bewirkt. Die amerikanische Gesellschaft fühlte sich durch die Existenz der Atombombe und der Möglichkeit ihres Einsatzes in Krisenzeiten massiv bedroht. So lösten politische Maßnahmen, die mit der offiziellen Bedrohungsperzeption während des Kalten Krieges begründet worden waren, zum Beispiel Trumans Entscheidung, die Atombombe auf Japan abzuwerfen und die Wasserstoffbombe zu entwickeln, oder Kennedys „brinkmanship“-Politik während der Kuba-Krise oder auch der NATO-Doppelbeschluss vom Dezember 1979, intensive öffentliche Auseinandersetzungen und Debatten aus, die selbst wiederum auf einem der offiziellen Gefahrenperzeption diametral entgegenstehenden Bedrohungsgefühl basierten. Die Bürger der Vereinigten Staaten und Westeuropas fühlten sich bedroht von eben der Sicherheits- und Militärpolitik, die nach Auffassung der politischen und militärischen Entscheidungsträger notwendig war für die Wahrung nationaler Sicherheit.

Eine solche Spannung zwischen offizieller und gesellschaftlicher Gefahrenperzeption konnten wir zwischen Januar und März 2003 beobachten. Bürger in den USA und in Westeuropa befürchteten neue Terroranschläge, vor allem mit biologischen oder chemischen Waffen, falls die USA dem Irak den Krieg erklärten. Auch aus diesem Grund lehnten sie den Krieg ab.

Die Anliegen der Friedensbewegung beziehungsweise die Anti-Atomwaffen-Bewegung wurden von offizieller Seite wiederum als Bedrohung für die nationale Sicherheit empfunden. Präsident Eisenhower beispielsweise sah seine Strategie der massiven Vergeltung (*massive retaliation strategy*) durch die geforderte nukleare Abrüstung gefährdet und reagierte mit

einer groß angelegten Propagandaoffensive, die darauf zielte, die amerikanische Bevölkerung davon zu überzeugen, dass Atomwaffentests „safe“ und „vital“ seien für die Aufrechterhaltung amerikanischer Sicherheit und des Weltfriedens. Die Macht der öffentlichen Meinung zwang Eisenhower jedoch schließlich dazu, an den Gesprächen über den Abschluss eines umfassenden Atomtest-Abkommens („Comprehensive Nuclear Test Ban Treaty“, CTBT) teilzunehmen, die in der Unterzeichnung einer internationalen Vereinbarung im September 1961 mündeten.

Star-Wars-Szenarien, Angst vor Bio-Terrorismus oder weiteren terroristischen Angriffen auf amerikanischen Boden bewegen gegenwärtig die öffentliche Meinung in den USA und auch hier zu Lande. Zu fragen ist, ob wir damit den Beginn einer neuen Phase transnationalen Protestes gegen eine bestimmte Sicherheitspolitik erleben. Kann man von einer Wiederbelebung der Friedensbewegung sprechen? Wie nachhaltig ist die Rückbesinnung auf die pazifistischen Wurzeln dieser Bewegung? Und vor allem, wird sie in der Lage sein, eine ähnliche politische Wirkung zu entfalten wie die Bewegungen in den 1950er Jahren?

Hier ist sicherlich vor einem zu großen Optimismus zu warnen. Die internationalen Proteste gegen den Irak-Krieg vererbten relativ rasch und, was vielleicht noch wichtiger ist, die dahinter stehende Anti-Kriegs-Bewegung ist nur ein Element des bunten Meinungsspektrums in den USA. Gerade das konservative Amerika teilt die Auffassung der Bush-Administration, dass die eigene Sicherheit nur über die Stabilisierung der Weltkrisenregionen hergestellt werden kann. Hier hat die amerikanische Regierung im Rahmen ihrer *public diplomacy* erfolgreiche Überzeugungsarbeit geleistet.

Die Ambiguität der öffentlichen Meinung unterstreicht einmal mehr, wie

wichtig es ist, nicht nur die Entwicklungen im Weißen Haus und im Kongress zu verfolgen, sondern sich auch die gesellschaftlichen Entwicklungen in den USA zu vergegenwärtigen. Dies umso mehr, als die großen sicherheitspolitischen Pläne der Bush-Regierung ohne gesellschaftlichen Rückhalt und ohne die Bereitschaft der amerikanischen Bürger, die wirtschaftlichen Folgen des neuen Unilateralismus zu tragen, nicht realisiert werden können.

Neue Foren des Dialoges

Die wackelige Legitimationsbasis der amerikanischen Politik im Mittleren Osten zusammen mit der mangelnden Aufklärung der amerikanischen Öffentlichkeit über Wege, Inhalt und Umfang des *nation building* im Mittleren Osten lassen befürchten, dass größere wirtschaftliche Rückschläge die bestehende Polarisierung innerhalb der amerikanischen Politik und Öffentlichkeit weiter akzentuieren und vergrößern werden. Die daraus resultierenden politischen Konflikte könnten die nächsten Präsidentschaftswahlen mitentscheiden, zumindest aber die politische Position des demokratischen Präsidentschaftskandidaten deutlich stärken.

Auf jeden Fall dürfte mit der UNO-Resolution 1483 auch für Europa klar geworden sein, dass die USA den Wiederaufbau des Irak nicht allein schultern wollen und können. Dies bedeutet jedoch, dass auch Europa die Folgekosten des Krieges mittragen wird. Umso mehr sollten es sich darum bemühen, sich an der Ausgestaltung der Inhalte der Wiederaufbau- und Demokratisierungspolitik zu beteiligen. Dazu wird es nötig sein, neue Foren des internationalen Dialoges, gegebenenfalls auch jenseits der Vereinten Nationen im Rahmen einer neuen internationalen Konferenzdiplomatie à la KSZE zu etablieren.